

Ost-West-Vergleich des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 30 Jahre nach der Deutschen Wiedervereinigung

Redaktion

Im Interview (S. 429) hat Professor Steffen Mau einen wichtigen Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung dargestellt, den „Elitenwechsel“, der bis heute nachwirkt. In einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2019 heißt es: „Die Befragten im Osten empfinden es vielfach so, dass damals [bei der deutschen Vereinigung] keine neue gemeinsame Gesellschaft entstanden sei. Vielmehr sei ihnen mit der Einheit nur das westdeutsche System übergestülpt worden, an das sie sich anpassen mussten“.

Dennoch wird aber die Frage nach der gemeinsamen Gesellschaft heute nicht mehr so negativ beantwortet. Unterschiede werden wahrgenommen, aber ebenso Wechselwirkungen und Anpassungen.

Nach zahlreichen Ost-West-Vergleichen, die in den Jahrzehnten seit 1989 entstanden sind, hat jetzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) aus Anlass des 30. Jahrestages der Wiedervereinigung einen neuen hinzugefügt, der vier spezielle Bereiche anspricht und zeigt, wie Ost und West sich zu welchem Stand der Dinge entwickelt haben. Es sind Bereiche, die in besonderem Maße das tägliche Leben betreffen.

Die Analysen erscheinen uns ebenso als Information wie als Material für Unterrichtsgestaltung sehr nützlich. Wir referieren hier (anhand der Abstracts) kurz die Inhalte. Diese sind im Volltext auf der Seite des DIW abrufbar: https://www.diw.de/de/diw_01.c.799254.de/publikationen/wochenberichte/2020_38/heft.html

Mütter in Ost und West: Angleichung bei Erwerbstätigenquoten und Einstellungen, nicht bei Vollzeitberwerbstätigkeit

(Von Denise Barth, Jonas Jessen, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich)

Bei der Organisation von Familien- und Erwerbsarbeit gab es vor der Wiedervereinigung große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Seit der Wiedervereinigung haben sich die Erwerbstätigenquoten von Müttern mit betreuungsbedürftigen Kindern allerdings angeglichen. Dies ging einher mit einer steigenden Zustimmung zur Erwerbstätigkeit von Müttern, insbesondere in Westdeutschland. Nach wie vor gibt es allerdings Unterschiede bei der Arbeitszeit. Mütter in Ostdeutschland arbeiten deutlich häufiger in Vollzeit als Mütter in Westdeutschland. Bei Frauen jüngerer Kohorten ist die Zustimmung zur Vollzeitberwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern jedoch vor allem im Osten geringer als bei Frauen älterer Kohorten. Es bleibt abzuwarten, ob der weitere Ausbau der Tagesbetreuung in Kitas und Grundschulen hier zu einer Veränderung in den Einstellungen und damit auch in der Vollzeitberwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern führt.

Zuzug aus der ehemaligen DDR hatte positive Effekte auf den Beschäftigungsumfang westdeutscher Frauen

(Von Sophia Schmitz und Felix Weinhardt)

Die Wiedervereinigung brachte einschneidende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Veränderungen für die Bevölkerung in der ehemaligen DDR mit sich. Weniger beachtet wurden bisher mögliche Einflüsse auf das Leben der Menschen in Westdeutschland. Dieser Bericht dokumentiert Veränderungen im Beschäftigungsumfang von Frauen im Westen der Bundesrepublik, die durch die Migration aus der ehemaligen DDR nach Westdeutschland Anfang der 1990er Jahre ausgelöst wurden. Erwerbstätige westdeutsche Frauen haben in Regionen mit hohem Zuzug im Durchschnitt wöchentlich eine Stunde mehr gearbeitet zwischen den Jahren 1990 und 2015 als in Regionen, in denen sich weniger Ostdeutsche niedergelassen haben. Der Zuzug von Menschen, die in der DDR sozialisiert wurden und daher eine höhere Vereinbarkeit zwischen Mutterrolle und Erwerbstätigkeit sahen, könnte die Veränderung kultureller Normen in Westdeutschland beschleunigt haben.

Gesetzliche Renten gleichen sich in Ost- und Westdeutschland an – dennoch klaffen Alterseinkommen auseinander

(Von Hermann Buslei, Johannes Geyer und Peter Haan)

Bei der gesetzlichen Rentenversicherung wird ab dem Jahr 2025 die Wiedervereinigung faktisch vollzogen sein. Inzwischen beziehen im Durchschnitt ostdeutsche Männer und stärker noch ostdeutsche Frauen höhere Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung als ihre westdeutschen Pendanten. Bei den anderen Einkommenskomponenten der älteren Bevölkerung, insbesondere den privaten und betrieblichen Renten sowie Vermögenseinkommen, gibt es aber bis heute persistente Unterschiede. Für die verfügbaren Haushaltseinkommen der Älteren bahnt sich bisher keine Einheit zwischen Ost- und Westdeutschland an. Um diese zu erreichen, ist es notwendig, dass neben einer Verbesserung der Beschäftigungssituation und der in Ostdeutschland gezahlten Löhne auch die private Altersvorsorge gestärkt wird. Hierzu sind Reformen bei der privaten und betrieblichen Rente notwendig. Lücken bei der Altersvorsorge könnten langfristig durch eine geeignete Kombination aus verpflichtender privater oder betrieblicher Altersvorsorge und finanzieller Unterstützung durch den Staat geschlossen werden. Auch der Vermögensaufbau, beispielsweise durch die Förderung des Wohneigentums in Ostdeutschland, sollte stärker in den Fokus genommen werden.

Ost- und Westdeutschland in der Corona-Krise: Nachwendegeneration im Osten erweist sich als resilient

(Von Stefan Liebig, Laura Buchinger, Theresa Entringer und Simon Kühne)

Bei der Lebenszufriedenheit haben sich Ost- und Westdeutsche seit der Wiedervereinigung deutlich angenähert, wenn auch die in Ostdeutschland lebenden Menschen weiterhin weniger zufrieden sind als die in Westdeutschland. Die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise könnte diese Annäherung nun umkehren. Untersuchungen auf Basis der SOEP-CoV-Befragung zeigen aber, dass dies nicht der Fall ist, gleichwohl aber Unterschiede in den Reaktionen zu beobachten sind. So steigen die Einsamkeit und die depressive Gestimmtheit bei den im Osten lebenden Menschen im April mit Beginn der Eindämmungsmaßnahmen zwar signifikant stärker als bei den im Westen lebenden Menschen, sinken dafür aber mit den Lockerungen auch wieder schneller. Differenziertere Analysen zeigen zudem, dass die psychische Verfasstheit auch mit Faktoren wie Einkommen, Geschlecht und Alter zusammenhängt. Im Osten lebende Frauen sind stärker psychisch in Mitleidenschaft gezogen als Männer und Frauen in Westdeutschland. Dafür erweist sich aber die junge, im Osten lebende Generation der unter 35-Jährigen als psychisch krisenfester als ihre Altersgenossen im Westen und insbesondere ältere Generationen im Osten.

Die Analysen basieren auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und zum Teil auch des ALLBUS.

Das SOEP ist eine seit 1984 laufende, repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte in Deutschland. Es wird geleitet von unserem Mitherausgeber Professor Stefan Liebig.

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) ist eine Querschnittserhebung, die der Untersuchung von Einstellungen und Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung dient. Der ALLBUS wird seit 1980 alle zwei Jahre vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim (GESIS) in Zusammenarbeit mit der Studien-Koordinationsgruppe ALLBUS (KG ALLBUS) als wissenschaftliches Beratungsgremium durchgeführt.

Die Datengrundlage des vierten Berichts ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) mit der darin eingebetteten SOEP-CoV-Studie. SOEP-CoV ist ein Verbundprojekt der Universität Bielefeld und des SOEP am DIW Berlin, das seit dem 1. April 2020 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förderaufrufs zur „Erforschung von COVID-19 im Zuge des Ausbruchs von Sars-CoV-2“ gefördert wird.